

„Will Ulrike Gnade oder freies Geleit?“

Schriftsteller Heinrich Böll über die Baader-Meinhof-Gruppe und „Bild“

Wo die Polizeibehörden ermitteln, vermuten, kombinieren, ist „Bild“ schon bedeutend weiter: „Bild“ weiß. Dicke Überschrift auf der Titelseite der (Kölner) Ausgabe vom 23. 12. 71: „Baader-Meinhof-Gruppe mordet weiter“.

Im wesentlich kleiner gedruckten Bericht über den Kaiserslauterer Bankraub liest man dann von vier maskierten Gangstern, unter denen „vermutlich“ eine Frau war; im Verdacht, so liest man weiter, stehe „unter anderem“ die Gruppe um Ulrike Meinhof. Indizien: Informationen der Polizei über den Aufenthalt der Gruppe, ein roter Alfa Romeo, beim Überfall benutzt, Tage vorher in Stuttgart gestohlen, schon einmal bei einer Fahndung nach der

zu schützen. Ein riskanter, schlechtbezahlter Beruf.

Im Manifest der Gruppe, nach dem Untertauchen erst hektographiert, inzwischen im Wagenbach Rotbuch 26 (Alex Schubert: Stadtguerillas) erschienen, ist über dieses Problem zu lesen: „Am 14. Mai (1970 bei der Befreiung Baaders in Berlin) ebenso wie in Frankfurt, wo zwei von uns abgehauen sind, weil wir uns nicht einfach verhaften lassen wollten — haben die Bullen zuerst geschossen. Die Bullen haben jedesmal gezielte Schüsse abgegeben. Wir haben z. T. überhaupt nicht geschossen, und wenn, dann nicht gezielt: in Berlin, in Nürnberg, in Frankfurt. Das ist nachweisbar, weil es wahr ist.“

man die oben zitierte Passage durch eine andere, die sich mit der lebensgefährlichen Verletzung des Angestellten Georg Linke auseinandersetzt, so entsteht auch nicht gerade der Eindruck einer uneingeschränkten Ballerideologie: „Die Frage, ob die Gefangenenbefreiung auch dann gemacht worden wäre, wenn wir gewußt hätten, daß ein Linke dabei angeschossen wird — sie ist uns oft genug gestellt worden —, kann nur mit Nein beantwortet werden.“

Die Kriegserklärung, die im Manifest enthalten ist, richtet sich eindeutig gegen das System, nicht gegen seine ausführenden Organe. Es wäre gut, wenn Herr Kuhlmann, der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, dafür sorgte, daß



Heinrich Böll



„Bild“-Kritiker Böll, „Bild“-Schlagzeile: „Verhetzung, Lüge, Dreck“

Gruppe beobachtet; weitere Indizien: die „brutale Art“ des Überfalls und die „generalstabsmäßige Planung“.

Nun sind Banküberfälle meistens brutal, auch wenn die Verdächtigen nicht der Gruppe um Ulrike Meinhof angehören. Und gerade durch generalstabsmäßige Planung eines Überfalls werden meistens Opfer vermieden.

Immerhin wird dann Herr Rauber, der Chef der Kaiserslauterer Kriminalpolizei, zitiert: „Wir haben zwar noch keine konkreten Anhaltspunkte, daß die Baader-Meinhof-Bande für den Überfall verantwortlich ist. Aber wir ermitteln selbstverständlich in dieser Richtung.“ Das klingt schon anders; nüchtern, sachlich, angesichts der Indizien plausibel, legitim, wenn man es schon als legitim ansieht, daß Polizeibeamte für 1373 Mark monatlich ihr Leben riskieren, unter anderem, um Banktresore

„Wir machen nicht rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch“. Der Bulle, der sich in dem Widerspruch zwischen sich als ‚kleinem Mann‘ und als Kapitalistenknecht, als kleinem Gehaltsempfänger und Vollzugsbeamten des Monopolkapitals befindet, befindet sich nicht im Befehlsnotstand. Wir schießen, wenn auf uns geschossen wird. Den Bullen, der uns laufen läßt, lassen wir auch laufen.“

Hebt man die Kränkung, die in der Bezeichnung „Bulle“ liegt, gegen das Wort „Bande“ auf, zieht man von den zahlreichen vermuteten die bisher nachgewiesenen Taten ab und vergleicht man diese Passage mit dem wilden Schluß des Manifests DEN BEWAFFNETEN KAMPF UNTERSTÜTZEN, SIEG IM VOLKSKRIEG, so klingt das nicht ganz so wahnwitzig wild und schießlustig, wie die Gruppe bisher dargestellt worden ist. Ergänzt

seine Kollegen, die einen so gefährlichen und schlecht bezahlten Beruf ausüben, dieses Manifest einmal lesen.

Es ist eine Kriegserklärung von verzweifelten Theoretikern, von inzwischen Verfolgten und Denunzierten, die sich in die Enge begeben haben, in die Enge getrieben worden sind und deren Theorien weitaus gewalttätiger klingen, als ihre Praxis ist. Gewiß war die Befreiung Baaders eben doch nicht der so ganz überzeugende (weder für Beobachter noch für Mitwirkende überzeugende) Sprung von der Theorie in die Aktion. Das Manifest enthält unter anderem auch fast so etwas wie ein Geständnis: „Weder das bißchen Geld, das wir geklaut haben sollen, noch die paar Auto- und Dokumentendiebstähle, de-rentwegen gegen uns ermittelt wird, auch nicht der Mordversuch, den man uns anzuhängen versucht, rechtfertigen für sich den Tanz.“

Es kann kein Zweifel bestehen: Ulrike Meinhof hat dieser Gesellschaft den Krieg erklärt, sie weiß, was sie tut und getan hat, aber wer könnte ihr sagen, was sie jetzt tun sollte? Soll sie sich wirklich stellen, mit der Aussicht, als die klassische rote Hexe in den Siedetopf der Demagogie zu geraten?

„Bild“, ganz und gar vorweihnachtlich gestimmt, weiß ja schon: „Baader-Meinhof-Gruppe mordet weiter.“ „Bild“ opfert die Hälfte seiner kostbaren ersten und die Hälfte seiner ebenso kostbaren letzten Seite dem Kaiserslauterer Bankraub.

Auf der letzten Seite von „Bild“ (23. 12. 71) findet man nur noch wenig von polizeilichen Ermittlungen. Statt dessen zwei Sonderspalten: „Die Opfer der Baader-Meinhof-Bande“, „Die Beute der Baader-Meinhof-Bande“. Unter die Opfer zählt „Bild“ nicht nur das nachgewiesene (und zugegebene) Opfer Georg Linke, es zählt auch alle die hinzu, bei denen noch nicht ganz geklärt ist, wer auf sie geschossen hat: Helmut Ruf und Norbert Schmid, und da „Bild“ schon einmal beim Opfern ist, wird auch der Polizeiobermeister Herbert Schoner aus Kaiserslautern der Einfachheit halber hinzugezählt.

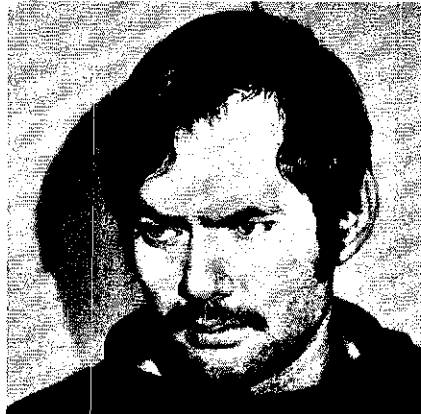
Der Rentner Helmut Langenkämper aus Kiel wird immerhin nur als einer bezeichnet, der sich „Bankräubern in den Weg stellte“. Welchen Bankräubern? Schwamm drüber, das nehmen wir nicht so genau, die Vorweihnachtsopferlitanei darf nicht zu kurz ausfallen. Und wohl deshalb auch zählt „Bild“ Petra Schelm und Georg von Rauch (der hier zum Hauch wird) dazu. Das soll sicher ein Witz sein.

Ich hoffe, daß Herrn Springer und seinen Helfershelfern dieser Witz im Hals steckenbleibt mit den Gräten ihres Weihnachtskarpfens. Man kann die Nase schon voll kriegen, und ich habe sie voll. Wahrscheinlich wird „Bild“ bald so weit sein, einen so armen Teufel wie Hermann Göring, der sich leider selbst umbringen mußte, unter die Opfer des Faschismus zu zählen.

In der zweiten Litaneispalte — „Beute der Baader-Meinhof-Bande“ — wird schlicht auch der Schaden aufgezählt, den die Frankfurter Kaufhausbrandstiftung verursacht hat: 2,2 Millionen. Auch Baaders Befreiung und ein Schußwechsel am 24. 12. 70 in Nürnberg laufen unter „Beute“. Natürlich werden die erbeuteten Summen der Banküberfälle, bei denen die Polizei lediglich vermutet, „Bild“ aber weiß, der Beute zugeschlagen. Logischerweise werden die 134 000 Mark aus Kaiserslautern mit-, aber nicht mehr aufgezählt, wo man doch Polizeiobermeister Schoner schon unter die Opfer gezählt hat. Da stimmt doch etwas nicht an der Rechenmaschine, die „Bild“ bei solchen Additionen benutzt, denn es fehlen die 2,2 Millionen aus Frankfurt, Beutespalte bleibt Beutespalte, oder etwa nicht? Fragen dürfen wird man doch wohl.

Ich kann nicht annehmen, daß Polizeibehörden und zuständige Minister über Helfershelfer wie „Bild“ glücklich sein können — oder sollten sie's doch sein? Ich kann nicht begreifen, daß irgendein Politiker einem solchen Blatt noch ein Interview gibt. Das ist nicht mehr kryptofaschistisch, nicht mehr faschistoid, das ist nackter Faschismus, Verhetzung, Lüge, Dreck.

Diese Form der Demagogie wäre nicht einmal gerechtfertigt, wenn sich die Vermutungen der Kaiserslauterer Polizei als zutreffend herausstellen sollten. In jeder Erscheinungsform von Rechtsstaat hat jeder Verdächtige ein



Gesuchter Baader
„Den Bullen, der uns laufen läßt . . .“



Gesuchte Ulrike Meinhof
... lassen wir auch laufen“

Recht, daß, wenn man schon einen bloßen Verdacht publizieren darf, betont wird, daß er nur verdächtigt wird.

Die Überschrift „Baader-Meinhof-Gruppe mordet weiter“ ist eine Aufforderung zur Lynchjustiz. Millionen, für die „Bild“ die einzige Informationsquelle ist, werden auf diese Weise mit verfälschten Informationen versorgt. Man hat ja wohl genug von den Verdächtigten oder nur verdächtig Aussehenden des Herrn XY Zimmermann gehört.

Die Bezeichnung Rechtsstaat wird fragwürdig, wenn man die gesamte Öffentlichkeit mit ihren zumindest unkontrollierbaren Instinkten in die Exekutive einbezieht; wenn man die Qualität des

Rechts der Quantität von Erfolg und Popularität opfert. Die nach Indizien zurechtdramatisierten Spielfilmrekonstruktionen, die Herr Zimmermann als Illustrationen zeigt, sind doch nichts weiter als miese Grusicals für den Spießbürger, der in Pantoffeln dasitzt, Bier trinkt und glaubt, er würde zum Augenzeugen, wo er doch nur einer undurchsichtigen Mischung von fact und fiction zuschaut, gelegentlich solchen, in denen Leichenteile die Hauptrolle spielen. Wie wär's, wenn Herr XY Zimmermann einen der immer noch gesuchten Naziverbrecher in der heiligen Krimistunde suchen ließe? Nur als Probe, um zu testen, wie's deutsche Krimigemüt drauf reagieren würde?

Die Bundesrepublik Deutschland hat 60 000 000 Einwohner. Die Gruppe um Ulrike Meinhof mag zur Zeit ihrer größten Ausdehnung 30 Mitglieder gehabt haben. Das war ein Verhältnis von 1:2 000 000. Nimmt man an, daß die Gruppe inzwischen auf 6 Mitglieder geschrumpft ist, wird das Verhältnis noch gespenstischer 1:10 000 000.

Das ist tatsächlich eine äußerst bedrohliche Situation für die Bundesrepublik Deutschland. Es ist Zeit, den nationalen Notstand auszurufen. Den Notstand des öffentlichen Bewußtseins, der durch Publikationen wie „Bild“ permanent gesteigert wird.

Was richtet eine Überschrift wie die zitierte an? Wer zieht „Bild“ zur Rechenschaft, wenn die Vermutungen der Polizei sich als unzutreffend herausstellen? Wird „Bild“ dementieren, sich korrigieren, oder wird Herr Springer sich an der Bildspalte auf Seite 5 trösten, die die Überschrift trägt: „Soviel Liebe auf einmal.“ Dort werden die weihnachtlichen Spenden publiziert. Gott segne das ehrbare Handwerk. Ich hoffe, die Gräten im Weihnachtskarpfen waren nicht zu weich und haben sich tatsächlich quergelegt.

Ich wiederhole: Kein Zweifel — Ulrike Meinhof lebt im Kriegszustand mit dieser Gesellschaft. Jedermann konnte ihre Leitartikel lesen, jedermann kann inzwischen im Rotbuch 26 des Wagenbach Verlages das Manifest lesen, das nach dem Untertauchen der Gruppe geschrieben ist. Es ist inzwischen ein Krieg von 6 gegen 60 000 000. Ein sinnloser Krieg, nicht nur nach meiner Meinung, nicht nur generell, auch im Sinne des publizierten Konzeptes.

Ich halte es für psychologisch ausichtslos, Kleinbürgern, Arbeitern, Angestellten, Beamten (auch Polizeibeamten), die vom Erlebnis zweier totaler Inflationen geschreckt sind, ihren relativen Wohlstand ausreden zu wollen, wenn man ihnen nicht erst einmal ausführlich und nationalökonomisch exakt darlegt, wie fürchterlich „gleich“ die Chancen bei der Währungsreform waren. Und hat je einer die jüngeren Polizeibeamten darüber informiert, auf dem Hintergrund welcher *Polizeigeschichte* die ihren tatsächlich schweren Beruf ausüben, oder sind die jungen Juristen



Erschossene Petra Schelm, erschossener Polizist Schonert: „Es ist ein Krieg . . .

alle darüber informiert, auf dem Hintergrund welcher Rechtsgeschichte sie ihren Beruf ausüben? Es gab einmal kurzfristig einen Bundesminister in einem CDU-Kabinett, der sofort, fast über Nacht aus dem Verkehr gezogen wurde und dann auch zurücktrat, als sich herausstellte, daß er einmal Richter in Schneidemühl gewesen war.

Für einen so abscheulichen Satrapen wie Baldur von Schirach, der einige Millionen junger Deutscher in die verschiedensten Todesarten trieb und zu den verschiedensten Mordarten ermutigte, sogar für ihn gab es Gnade. Ulrike Meinhof muß damit rechnen, sich einer totalen Gnadenlosigkeit ausgeliefert zu sehen. Baldur von Schirach hat nicht so lange gegessen, wie Ulrike Meinhof sitzen müßte. Haben die Polizeibeamten, Juristen, Publizisten je bedacht, daß alle Mitglieder der Gruppe um Ulrike Meinhof, alle, praktische Sozialarbeit getan haben und Einblick in die Verhältnisse genommen, die möglicherweise zu dieser Kriegserklärung geführt haben? Schließlich gibt es das Rotbuch 24 des Wagenbach Verlags, Titel: „Bambule“, Verfasserin: Ulrike Marie Meinhof. Lesenswert, aufschlußreich — als Film immer noch nicht gesendet.

Wieviele junge Polizeibeamte und Juristen wissen noch, welche Kriegsverbrecher, rechtmäßig verurteilt, auf Anraten Konrad Adenauers heimlich aus den Gefängnissen entlassen worden und nie wieder zurückbeordert worden sind? Auch das gehört zu unserer Rechtsgeschichte und läßt Ausdrücke wie Klassenjustiz so gerechtfertigt erscheinen wie eine Theorie des Strafvollzugs der politischen Opportunität.

Ulrike Meinhof und der Rest ihrer Gruppe haben keinerlei Chance, irgend jemand politisch opportunistisch zu erscheinen. Äußerste Linke, äußerste Rechte, linke und rechte Mitte, Konservative und Progressive aller Schattierungen, sie alle kennen keine Parteien mehr, sie sind dann nur noch Deutsche und sich einig, cinig, wenn sie endlich in ihre deutsche

Schwatzgenüßlichkeit zurückfallen, sich ungestört ihrem Fraktionschinesisch ergeben können, wenn geschehen sollte, was nicht geschehen darf; wenn man eines Tages lesen würde, daß auch Ulrike Meinhof, später Grashof, dann Baader und Gudrun Ensslin als „erledigt“ zu betrachten sind. Erledigt wie Petra Schelm, Georg von Rauch und der Polizeibeamte Norbert Schmid. Erledigt, vom Tisch, wie man so hübsch sagt, und aus dem deutschen Gemüt, mag's sich noch so links dünken.

Man wird das uralte Gesabber hören. Es mußte ja so kommen. Schade, aber ich hab's ja immer gesagt. Diese ganze verfluchte nachträgliche Rechthaberei, wie sie Eltern mißratenen Kindern hinterherbeten. Und dann kann man weiter seine verschiedenen Gebetsmühlen drehen. Man hat ja recht gehabt, man hat's ja immer gewußt, und es mußte ja so kommen. Paulinchen war allein zu Haus.

Muß es so kommen? Will Ulrike Meinhof, daß es so kommt? Will sie Gnade oder wenigstens freies Geleit? Selbst wenn sie keines von beiden will, einer muß es ihr anbieten. Dieser Prozeß muß stattfinden, er muß der lebenden Ulrike Meinhof gemacht werden, in Gegenwart der Weltöffentlichkeit. Sonst ist nicht nur sie und der Rest ihrer Gruppe verloren, es wird auch weiter stinken in der deutschen Publizistik, es wird weiter stinken in der deutschen Rechtsgeschichte.

Haben alle, die einmal verfolgt waren, von denen einige im Parlament sitzen, der eine oder andere in der Regierung, haben sie alle vergessen, was es bedeutet, verfolgt und gehetzt zu sein. Wer von ihnen weiß schon, was es bedeutet, in einem Rechtsstaat gehetzt zu werden von „Bild“, das eine weitaus höhere Auflage hat als der „Stürmer“ sie gehabt hat?

Waren nicht auch sie, die ehemals Verfolgten, einmal erklärte Gegner eines Systems, und haben sie vergessen, was sich hinter dem reizenden Terminus „auf der Flucht erschossen“ verbarg? Wollen sie in dieser überreizten Situation, in dieser gegenseitigen Verhetzung, die Entscheidung ganz allein den Polizeibeamten überlassen, die verstört und überarbeitet sind und — hier mag's angebracht sein — auf eine psychologisch gefährliche Weise frustriert?

Weiß keiner mehr, was es bedeutet, einer gnadenlosen Gesellschaft gegenüberzustehen? Wollen die ehemals Verfolgten die verschiedenen Qualitäten des Verfolgenseins gegeneinander ausspielen und ernsthaft die Termini „kriminell“ und „politisch“ in absoluter Reinheit voneinander scheiden, einer Gruppe gegenüber, die ihre Erfahrungen unter Asozialen und Kriminellen gesammelt hat, und auf dem Hintergrund einer Rechtsgeschichte, wo das Stehlen einer Mohrrübe schon als kri-



... von 6 gegen 60 000 000“: Erschossener Polizist Schmid

minell galt, wenn ein Pole, Russe oder Jude sie stahl? Das wäre weit unter einem Denkniveau, wie es unter verantwortlichen Politikern üblich sein sollte.

Ulrike Meinhof will möglicherweise keine Gnade, wahrscheinlich erwartet sie von dieser Gesellschaft kein Recht. Trotzdem sollte man ihr freies Geleit bieten, einen öffentlichen Prozeß, und man sollte auch Herrn Springer öffentlich den Prozeß machen, wegen Volksverhetzung.

Die inzwischen längst nicht mehr so jungen Herren Pragmatiker, die allerorts in wichtigen beratenden Funktionen sitzen, manche von ihnen mitten in der politischen Verantwortung; sie, die gelegentlich Platttheit und Pragmatismus aufs gröblichste miteinander verwechseln; die so mühelos und schmerzlos vom Faschismus in die freiheitlich demokratische Grundordnung übergewechselt haben oder worden sind; sie waren bis 1945 zu gläubig oder zu dumm, um nachdenklich zu werden, im Jahre 1945 waren sie zu jung, um für schuldig gehalten zu werden. Sie waren „desillusioniert“, ein bißchen reumütig, sehr rasch bekehrt, und ihre Schmerzen waren nicht viel mehr als ein bißchen Hitlerjugendwehwechen.

Diese gelegentlich etwas glätzüngen Mechaniker, die alles so gut und das meiste besser wissen, und nun, im Vollgefühl ihrer Etabliertheit hin und wieder mit gelinder Wehmut sich nach Ideologie sehnen (wie nach einem Parfüm, das ihnen fehlt in ihrer absoluten Geruchlosigkeit), ist es ihnen nicht ein bißchen zu leicht geworden und gemacht worden, haben sie nicht ein bißchen zu wenig Ideologie, Weltanschauung, Metaphysik in Erinnerung, als daß sie begreifen könnten, was sie nie erfahren haben: was es bedeutet: verfolgt und gehetzt zu sein, ständig auf der Flucht? Als Politiker, als Krimineller, und als „Krimineller“?

Wollen sie, daß ihre freiheitlich demokratische Grundordnung gnadenloser ist als irgendein historischer Feudalismus, in dem es wenigstens Freistätten gab, auch für Mörder, und erst recht für Räuber? Soll ihre freiheitlich demokratische Grundordnung sich als so unfehlbar darstellen, daß keiner sie in Frage stellen darf? Unfehlbarer als alle Päpste zusammen je waren? Ich weiß, das sind viele Fragen, aber fragen dürfen wird man ja noch.

Die Bundesrepublik hat mehr als 60 000 000 Einwohner, die Gruppe um Ulrike Meinhof wahrscheinlich inzwischen sechs Mitglieder. Die Auflage von „Bild“ liegt wohl um die 4 000 000, die Zahl der Leser wahrscheinlich um die 10 000 000. Die Weihnachtsbotschaft von Herrn Springer lautete: „Baader-Meinhof-Gruppe mordet weiter.“ Mordet. Weiter. Fröhliche Weihnachten gehabt zu haben und ein glückseliges Neues Jahr. Harte Gräten, zähe Karpfen. Soviel Liebe auf einmal wie Herr Springer sie uns bietet, ist schwer zu tragen, besonders in einem Rechtsstaat.

AFFÄREN

Wurst für Meinungsmacher

Der schleswig-holsteinische Rechnungshof hat der Kieler Landwirtschaftskammer in ihrer Agrarwerbung „eine Vielzahl von Verstößen gegen das Haushaltsrecht und die Verwaltungspraxis“ nachgewiesen.

Die Schleswig-Holsteinische Landwirtschaftskammer in Kiel gilt bei Politikern, Behördenvertretern und Journalisten seit Jahren als nahrhafte Adresse: Die Kammerbeamten, die den mit über eine Million Mark ausgestatteten „Qualitätsförderungsfonds“ für landwirtschaftliche Produkte verwalten, ließen sich ihre Gastfreundschaft allein 1971 über 300 000 Mark kosten.

Prominente und Meinungsmacher, die mit den Fondsverwaltern freundli-

Landtagsabgeordnete und der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Engelbrecht-Greve teilnahmen. Von den Gesamtkosten in Höhe von 11 000 Mark gingen allein 7000 Mark für Essen und Trinken drauf.

Großzügig gaben sich die Fondshüter auch bei gemeinsamen Werbeaktionen mit dem Handel. Da sie wiederholt vergalben, eine exakte Kostenteilung mit ihren Geschäftspartnern zu vereinbaren, kam es mit den beteiligten Kaufhäusern und Einzelhändlern zu „Mißverständnissen“. Kammerdirektor Kurt Zühlke: „In solchen Fällen haben wir aus Kulanzgründen die Kosten übernommen.“

Die norddeutschen Produktpromoter ließen es zudem an der kaufmännischen Sorgfalt fehlen. In sechs Fällen konnten ihnen die Prüfer nachweisen, daß sie Rechnungen doppelt bezahlt hatten. Bei einer Verkaufsförderungsaktion in München zum Beispiel beglichen sie für



Schleswig-Holstein-Werbung in Berlin: Rüge vom Rechnungshof

chen Kontakt halten, werden nicht nur in besten Hotels und Restaurants mit schleswig-holsteinischen Delikatessen gepöppelt, sondern dürfen als Wegzehrung auch noch Flensburger Schnaps, Lübecker Marzipan, Holsteiner Butter, Schinken, Fischkonserven und Katenrauch-Wurst mitnehmen.

Die fürstlichen Bewirtungspraktiken und „eine Vielzahl von Verstößen gegen das Haushaltsrecht“ brachten den Fondsmanagern jetzt eine schwere Rüge des Kieler Landesrechnungshofs ein. Die strengen Prüfungsbeamten bemängelten vor allem „die zahlreichen Veranstaltungen anlässlich der Grünen Woche in Berlin, Presseempfangs, DRK-Bälle, Arbeitsbesprechungen, Versammlungen oder Tagungen, die stets mit einer Bewirtung der Teilnehmer verbunden waren“.

Als besonders verschwenderisch geißelten die Rechnungsbeamten eine sogenannte „Warenpräsentation“ im Kieler Hotel Bellevue, an der zahlreiche

ihre Werbehostessen (wegen ihrer blau-weißen Berufskleidung Blaumeisen genannt) die Hotelkosten gleich zweimal. Die Kieler Fondsverwalter entschuldigten sich jetzt damit, daß die Damen wegen „Belästigungen auf dem Heimweg“ von einem „Starnberger Hotel“ in ein „zentral gelegenes Haus in der Stadt“ umquartiert werden mußten.

Während der Dienstherr der Agrarwerber, Landwirtschaftsminister Engelbrecht-Greve, die Verschwendung von Steuermitteln duldete, forderte der Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e. V. für allzu großzügige Beamte „Gefängnisstrafen“. Begründung: „Die Summen, die zum Nachteil der Steuerzahler grob fahrlässig oder gar vorsätzlich zweckentfremdet werden, stehen denen in der privaten Wirtschaftskriminalität mit Sicherheit nicht nach.“

Für Experten erscheint es ohnehin unverständlich, daß das Land Schleswig-Holstein noch immer Millionen für eine Agrar-Werbung ausgibt, die